

Dienstag, 9. Dezember 2025 Nachmittag

Vorsitz: Standespräsidentin Valérie Favre Accola
 Protokoll: Laura Beeli
 Präsenz: anwesend: 116 Mitglieder
 entschuldigt: Holzinger-Loretz, Kaiser, Kappeler, Thür-Suter
 Sitzungsbeginn: 14.00 Uhr

1. Budget 2026, Finanzplan 2027-2029 und Jahresprogramm 2026 des Kantons Graubünden (Budget-Botschaft 2026) (Fortsetzung)

II. Budget 2026 (Budget-Botschaft 2026, S. 59 ff.) (Fortsetzung)

B. Institutionelle Gliederung: Grosser Rat, Regierung, allgemeine Verwaltung, Departemente, richterliche Behörden (Budget-Botschaft 2026, S. 111 ff.) (Fortsetzung)

A. Schlussabstimmung Grosser Rat, Regierung, allgemeine Verwaltung und Departemente

Antrag GPK und Regierung

3. Die Mittel zur Entlohnung der Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung wie folgt festzulegen für (Seiten 66 bis 68):
- den Teuerungsausgleich im Ausmass der effektiven, nicht ausgeglichenen Jahressteuerung gemäss Indexstand November 2025 (budgetiert 0 Prozent bzw. 0 Franken Lohnsumme);
 - die individuellen Lohnentwicklungen auf brutto 3 611 000 Franken (1,0 Prozent der massgebenden Gesamtlohnsumme des Budgets 2025);
 - die Stellenbewirtschaftung insgesamt auf 5 568 000 Franken. Davon entfallen 683 000 Franken auf die beitragsfinanzierte Stellenbewirtschaftung, 1 222 000 Franken auf vom Grossen Rat vom finanzpolitischen Richtwert Nr. 6 ausgenommene Stellenbewirtschaftung und 3 663 000 Franken auf für den finanzpolitischen Richtwert Nr. 6 relevante Stellenbewirtschaftung;
 - den Gesamtkredit für die Leistungs- und Spontanprämien auf 3 701 000 Franken (1,0 Prozent der massgebenden Gesamtlohnsumme des Budgets 2026).

Abstimmung

Der Grosse Rat stimmt dem Antrag Ziffer 3 mit 96 zu 1 Stimmen bei 0 Enthaltungen zu.

Antrag GPK und Regierung

4. Die Steuerfüsse für das Jahr 2026 in Prozent der einfachen Kantonssteuer festzulegen für (Seiten 87 bis 89):
- (die Einkommens-, Vermögens- und Quellensteuer des Kantons → vgl. Abstimmung zu 5 Steuerfüsse oben)
 - die Gewinn- und Kapitalsteuer des Kantons 90 Prozent (wie Vorjahr)
 - die Gewinn- und Kapitalsteuer der Gemeinden 95 Prozent (wie Vorjahr)
 - die Gewinn- und Kapitalsteuer der Landeskirchen (Kultussteuer) 11,3 Prozent (wie Vorjahr)
 - die Quellensteuer der Gemeinden 84 Prozent (Vorjahr 85 %)
 - die Quellensteuer der Landeskirchen und deren Kirchgemeinden 13 Prozent (wie Vorjahr)

Abstimmung

Der Grosse Rat stimmt dem Antrag Ziffer 4 (ausgenommen erster Spiegelstrich) mit 104 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen zu.

Antrag GPK und Regierung

5. Die Eckwerte zur Dotierung des Finanzausgleichs für die Gemeinden festzulegen für (Seiten 93 bis 95):

- den Grundbeitrag der ressourcenstarken Gemeinden zur Finanzierung des Ressourcenausgleichs 15 Prozent (wie Vorjahr)
- die Mindestausstattung der ressourcenschwachen Gemeinden durch den Ressourcenausgleich 68,8 Prozent (Vorjahr 69,6 %)
- den Gesamtkredit für den Gebirgs- und Schullastenausgleich 29 Millionen Franken (Vorjahr 27 Mio.)
- den Gesamtkredit für den individuellen Härteausgleich für besondere Lasten 0,5 Millionen Franken (wie Vorjahr)
- den Kantonsbeitrag aus allgemeinen Staatsmitteln an die Spezialfinanzierung Finanzausgleich für Gemeinden 46 Millionen Franken (Vorjahr 41 Mio.)

Abstimmung

Der Grosse Rat stimmt dem Antrag Ziffer 5 mit 102 zu 1 Stimmen bei 0 Enthaltungen zu.

Antrag GPK und Regierung

6. Den ordentlichen Beitrag aus allgemeinen Staatsmitteln an die Spezialfinanzierung Strassen auf 21 625 000 Franken beziehungsweise 25 Prozent der budgetierten Verkehrssteuern festzulegen (Seite 96).

Abstimmung

Der Grosse Rat stimmt dem Antrag Ziffer 6 mit 104 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen zu.

Antrag GPK und Regierung

7. Die Gesamtkredite für folgende Beiträge an die Spitäler festzulegen (Seiten 98 bis 100):

- für den Notfall- und Krankentransportdienst (Rettungswesen) 13,4 Millionen Franken (wie Vorjahr)
- für die universitäre Lehre und Forschung 21,6 Millionen Franken (Vorjahr 10,8 Mio.)
- für gemeinwirtschaftliche Leistungen (GWL) 31,0 Millionen Franken (wie Vorjahr)

Abstimmung

Der Grosse Rat stimmt dem Antrag Ziffer 7 mit 105 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen zu.

Antrag GPK und Regierung

8. Den Verpflichtungskredit für einen Trägerschaftsbeitrag an die Psychiatrischen Dienste Graubünden für den Neubau der Werkstätte Rothenbrunnen als Objektkredit von brutto 1,06 Millionen Franken beim Gesundheitsamt zu genehmigen. Dieser Kreditbeschluss untersteht dem fakultativen Finanzreferendum (Seiten 101 bis 102).

Abstimmung

Der Grosse Rat lehnt den Antrag Ziffer 8 mit 109 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung ab.

Antrag GPK und Regierung

9. Den bis Ende 2028 befristeten Verpflichtungskredit für einen Beitrag an den Verein Academia Raetica zur Förderung von Wissenschaft, Forschung und Bildung im Kanton Graubünden als Objektkredit von brutto 1,2 Millionen Franken beim Amt für Höhere Bildung zu genehmigen. Dieser Kreditbeschluss untersteht dem fakultativen Finanzreferendum (Seiten 102 bis 103).

Abstimmung

Der Grosse Rat stimmt dem Antrag Ziffer 9 mit 116 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen zu.

Antrag KSS und Regierung

10. Die Produktgruppe und die Wirkung der Aufsichtsstelle Datenschutz zu genehmigen (Seite 104).

Abstimmung

Der Grosse Rat stimmt dem Antrag Ziffer 10 mit 114 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen zu.

Antrag KSS und Regierung

11. Die Anpassung der Wirkung der Produktgruppe 3 des Amtes für Landwirtschaft und Geoinformation zu genehmigen (Seite 104 bis 105).

Abstimmung

Der Grosse Rat stimmt dem Antrag Ziffer 11 mit 116 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen zu.

Antrag GPK und Regierung

12. Das Budget 2026 des Kantons (ohne richterliche Behörden) zu genehmigen (Rubriken 1000 bis 6500, Seiten 115 bis 322).

Abstimmung

Der Grosse Rat stimmt dem Antrag Ziffer 12 mit 112 zu 2 Stimmen bei 0 Enthaltungen zu.

Antrag GPK und Regierung

13. Die Finanzplanergebnisse 2027–2029 (Seiten 106 bis 110) sowie den Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2027–2029 (Seiten 115 bis 322) zur Kenntnis zu nehmen.

Beschluss

Der Grosse Rat nimmt die Finanzplanergebnisse 2027–2029 sowie den Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2027–2029 zur Kenntnis.

*B. Schlussabstimmung Obergericht und Regionalgerichte**Antrag GPK und Obergericht*

2. Die Mittel zur Entlohnung der Mitarbeitenden und Richterpersonen des Obergerichts und der Regionalgerichte wie folgt festzulegen für:
 - den Teuerungsausgleich im Ausmass der effektiven, nicht ausgeglichenen Jahresteuerung gemäss Indexstand November 2025 (budgetiert 0 Prozent bzw. 0 Franken Lohnsumme);
 - die individuellen Lohnentwicklungen für die Mitarbeitenden auf brutto 118 000 Franken (1,0 % der massgebenden Gesamtlohnsumme des Budgets 2025);
 - die Stellenbewirtschaftung auf 131 000 Franken für die Mitarbeitenden der Regionalgerichte (Seite 369);
 - den Anteil an der massgebenden Gesamtlohnsumme des Budgets 2026 für die Leistungs- und Spontanprämien für die Mitarbeitenden auf 117 000 Franken bzw. 1,0 Prozent).
3. Die Budgets 2026 des Obergerichts (Rechnungsrubrik 7005) und der Regionalgerichte (Rubriken 7021 bis 7031) zu genehmigen (Seiten 325 bis 327 und 331 bis 352).

Abstimmung

Der Grosse Rat stimmt den Anträgen Ziffern 2–3 der GPK und des Obergerichts in globo mit 114 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen zu.

*C. Schlussabstimmung Justizgericht**Antrag GPK und Justizgericht*

2. Das Budget 2026 des Justizgerichts (Rubrik 7006) zu genehmigen (Seite 328).

Abstimmung

Der Grosse Rat genehmigt das Budget 2026 des Justizgerichts mit 115 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen.

4. Verpflichtungskredit Projekt Teilumsiedlung Brienz/Brinzauls (Botschaften Heft Nr. 7/2025-2026, S. 445)

Vizepräsident der Kommission
für Umwelt, Verkehr und Energie: Jochum
Regierungsvertreterin: Maissen

I. Eintreten *Antrag Kommission und Regierung*
Eintreten

Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen.

II. Detailberatung **1. Für die Gewährung eines Investitionsbeitrages an die Gemeinde Albula/Alvra für die Umsetzung des Projekts präventive Umsiedlung wird ein Verpflichtungskredit als Objektkredit von brutto 50 Mio. Franken (Kostenstand April 2025) genehmigt. Bei einer Änderung des Schweizerischen Baupreisindexes Sparte «Hochbau» verändert sich dieser Kreditbetrag entsprechend.**
Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Abstimmung

Der Grosse Rat stimmt dem Antrag von Kommission und Regierung mit 106 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung zu.

2. Der Beschluss gemäss Ziffer 1 untersteht nicht dem Finanzreferendum.

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Abstimmung

Der Grosse Rat stimmt dem Antrag von Kommission und Regierung mit 106 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung zu.

5. Anfrage Mazzetta betreffend Verkehrskonzept für die Olympischen Spiele 2026 in den angrenzenden Austragungs-orten Livigno und Bormio

Erstunterzeichnerin: Mazzetta
Regierungsvertreterin: Maissen

Antrag Mazzetta
Diskussion

Diskussion ist nicht bestritten und somit beschlossen.

Erklärung

Die Anfragerin erklärt sich von der Antwort der Regierung teilweise befriedigt.

6. Auftrag Metzger betreffend Überprüfung der kantonalen Grenzabstandsvorschriften für Pflanzen; Bäume und Lebhähe (Art. 96 ff. EGzZGB; Art. 76 Abs. 5 KRG)

Erstunterzeichner: Metzger
Regierungsvertreter: Caduff

Antrag Metzger

Die Unterzeichnenden fordern die Regierung im Sinne dieser Überlegungen auf, dem Grossen Rat aufzuzeigen, ob und wo mit Bezug auf die in Art. 688 ZGB dem Kanton erteilte, gesetzgeberische Befugnis Revisionsbedarf besteht, und gegebenenfalls eine entsprechende Gesetzesvorlage auszuarbeiten.

Antrag Regierung

Die Regierung beantragt dem Grossen Rat, den Auftrag betreffend die Prüfung der Verjährungsfrist in Art. 96 Abs. 3 EGzZGB zu überweisen und betreffend die restlichen Punkte abzulehnen.

Der Erstunterzeichner hält am Auftrag in der ursprünglichen Fassung fest.

1. Abstimmung

In Gegenüberstellung des Antrags Metzger und des Antrags der Regierung obsiegt der Antrag der Regierung mit 68 zu 36 Stimmen bei 0 Enthaltungen.

2. Abstimmung

Der Grosse Rat überweist den Auftrag im Sinne des Antrags der Regierung mit 91 zu 8 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

7. Anfrage Kaiser betreffend Entwicklung der KITA-Tarife im Kanton Graubünden

Zweitunterzeichnerin:
Regierungsvertreter:

Stiffler
Caduff

Antrag Stiffler
Diskussion

Diskussion ist nicht bestritten und somit beschlossen.

Erklärung

Die Anfragerin erklärt sich von der Antwort der Regierung teilweise befriedigt.

8. Fraktionsanfrage SVP betreffend Auswirkungen des geplanten EU-Rahmenabkommens auf kantonale Förderprogramme (Erstunterzeichner Koch)

Erstunterzeichner:
Regierungsvertreter:

Koch
Caduff

Antrag Koch
Diskussion

Diskussion ist nicht bestritten und somit beschlossen.

Erklärung

Der Anfrager erklärt sich von der Antwort der Regierung nicht befriedigt.

Schluss der Sitzung: 17.50 Uhr

Es sind keine Vorstösse eingegangen.

Für die Genehmigung des Protokolls

durch die Redaktionskommission:

Die Standespräsidentin: Valérie Favre Accola

Die Protokollführerin: Laura Beeli